

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Aler.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 22. September 1885.

N^o. 90.

Herrn von Bennigsen's Rede,

welche er am Sonntage auf der Landesversammlung der national-liberalen Partei in Hannover hielt, kann als eine der bemerkenswertheften bezeichnet werden, welche der Führer der National-liberalen in den letzten Jahren gehalten hat.

Drei Gedanken gab er bereiten Ausdruck. Zunächst empfahl er ein Zusammenarbeiten und Zusammenwirken der National-liberalen bei den Wahlen mit den gemäßigten Conservativen, ohne des von minder bedeutenden Politikern und schon durch die Erfahrungen bei den letzten Wahlen verurtheilten ausgegangenen Rathschlages zu gedenken, daß die National-liberalen wieder eine Anlehnung nach links suchen möchten. Herr von Bennigsen stellt es als Ziel der Zukunft hin, „die gemäßigten Elemente aus allen politischen Parteien“ oder wie er auch sagt „aller gemäßigten conservativen und liberalen Kreise der Wähler und Abgeordneten zu einem gemeinsamen positiven Wirken zusammenzufassen, um den Gang der Staatsmaschine zu sichern, eine feste ruhige Entwicklung für die Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung für eine längere Dauer wirklich zu ermöglichen und durchzuführen.“ Speciell erklärt er es für die Aufgabe der national-liberalen Partei, „jeder Zeit bereit zu sein, mit einer Regierung, welche den Willen hat, und mit den Parteien, welche geneigt sind, positiv zu arbeiten, mit Bereitwilligkeit bei einem solchen positiven Schaffen thätig zu sein.“

Siegt hierin schon eine hinreichend deutliche Abkehr von der sogenannten freisinnigen Richtung, so hat er auch durch Hervorhebung und Betonung der zu lösenden politischen Hauptaufgabe unserer Zeit die Unvereinbarkeit gemeinschaftlichen Wirkens mit jener dargethan. Herr von Bennigsen ist von der hohen Bedeutung der Socialreform tief durchdrungen und erachtet es für das größte Verdienst des Reichskanzlers, dieselbe mit Entschlossenheit in Angriff genommen zu haben. Die socialpolitischen Aufgaben sind dasjenige Gebiet, auf welchem nach seiner Ansicht vor allen anderen positiv wird gearbeitet werden müssen, im Reiche wie in Preußen. Wenn Herr von Bennigsen freilich hierbei auch auf die „innere Colonisation“ durch Auftheilung der Domänen im Osten zur Schaffung von Bauerngütern — ein neuerdings von freisinniger Seite ausgegebenes Schlagwort — zu sprechen kommt, so sind ihm augenscheinlich die Verhältnisse im Osten nicht genügend bekannt, um zu wissen, daß die Ausführung eines derartigen Projectes nicht nur an sich den größten technischen Schwierigkeiten unterliegen, sondern daß auch dieselbe irgend welchen Nutzen für die Landescultur nicht bringen würde, wie wir an anderer Stelle bei Gelegenheit darthun werden. Selbst die Nat.-Ztg., welche die Theilung der Domänen mit einer großen Begeisterung verfochten hat, erklärt bei einer Besprechung der Bennigsen'schen Rede, daß von unbefangener Seite ihr gegenüber erhebliche Bedenken bezüglich dieses Punktes geltend gemacht worden seien, so daß auch selbst von liberaler Seite die Durchführbarkeit desselben ernstlich angezweifelt zu werden scheint.

Herr von Bennigsen hat drittens seiner Befriedigung über das, was auch in den letzten Jahren Großes geschehen ist, über die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die Durchführung der Selbstverwaltung Ausdruck gegeben und hierbei vor pessimistischen Anschauungen gewarnt, aber auch auf die Hindernisse hingedeutet, welche sich der weiteren Entwicklung entgegen stellen. Hierbei hat er eine geradezu classische Schilderung von dem parlamentarischen Leben und Treiben entworfen, indem er auf die Auswüchse desselben hinwies, welche daran Schuld sind, daß sich das Interesse für das Parlament so sehr vermindert. Er geißelt mit scharfen Worten das „Parteitreiben“, das „Gehahren der Parteiführer“, das „Uebertüchern des Fraktions-Interesses“,

das „Geltendmachen“ desselben gegenüber den großen Aufgaben des Landes und des Staates“, „das Klappern der parlamentarischen Mühle, welche kein Mehl giebt.“ Hiermit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen und gewiß allen besonnenen und gemäßigten Politikern aus dem Herzen gesprochen.

Wie Herr Miquel in Thale, so hat Herr von Bennigsen jetzt in Hannover den national-liberalen Gedanken in einer Weise zum Ausdruck gebracht, daß man nur wünschen kann, er möchte die maßgebende Richtschnur der national-liberalen Wähler und Abgeordneten bleiben: hiermit würde für eine gesunde Weiterentwicklung des Vaterlandes auf dem Boden positiver Förderung des Staatswohls viel gewonnen sein.

„Allgemeiner Zusammenbruch.“

Der arme Herr Reichskanzler ist recht zu bedauern; er steht vor dem „vollständigen Bankrott“ seiner Wirtschaftspolitik, den er vergeblich durch immer neue Pläne seines erfindungsreichen Geistes aufzuhalten sucht. Aber beinahe noch mehr ist sein Nachfolger zu bedauern, dem die schwere Aufgabe zufällt, „Schutt und Trümmer fortzuräumen, die nach dem unausbleiblichen Verfall von Handel, Gewerbe und Industrie der Zusammensturz des kunstvollen Gebäudes ringsum aufhäufen wird.“ Jedermann, der aufmerksam die täglich vorkommenden „Mißerfolge des Reichskanzlers“ auf diesem Gebiete verfolgt, wird „ohne Zweifel, sofern er das Vertrauen zur Einsicht der deutschen Nation nicht ganz und gar verloren, der festen Zuversicht sein, daß eine Wandlung nicht lange ausbleiben kann.“ So zu lesen in dem von Eugen Richter, Parisius und Hermes begründeten Agitationsblatt. Ohne Zweifel wäre es das Beste, der Reichskanzler ginge fort von seinem Platze, wie es Richter schon vor sechs Jahren verlangt hat. Sonst verliert der Freisinn noch ganz und gar das Vertrauen in die Einsicht der Nation und das wäre für letztere gewiß ein unschätzbarer Verlust.

Das bezeichnete Agitationsblatt meint, es werde des sorgsam Fleißes und der harten Arbeit der besten Kräfte der Nation bedürfen, dem unter den Trümmern sprießenden neuen Leben Luft und Licht zu verschaffen. Hoffentlich versteht es unter besten Kräften etwas anderes, als der verstorbene Kaiser, jedenfalls sind sie nur in den Reihen des Fortschritts zu finden. Der Rückgang der letzteren nimmt freilich einen immer bedrohlicheren Charakter an und auch deshalb ist es wünschenswerth, daß der „allmächtige“ Träger der Wirtschaftspolitik abdankt.

Was ihn nur auch zu dieser unglückseligen Politik veranlassen konnte! Handwerk und Industrie waren ja in der schönsten Blüthe, keine Klage aus den producirenden und arbeitenden Klassen wurde laut und 200,000 Spaziergänger aus den unteren Ständen bevölkerten die Landstraßen. Oder täuschen wir uns? Hatten die Subhastationen des Grundbesitzes nicht eine erschreckende Höhe erreicht, standen nicht so und so viel Fabriken still, wurde nicht der Ruf: Schutz dem Handwerk gehört und waren jene Spaziergänger nicht etwa Bagabunden, die bettelnd von Thür zu Thür und Arbeit suchend von Ort zu Orte zogen? Und hat vielleicht nicht des Reichs verdienstester Sohn seine besten Kräfte dafür eingesetzt, Schutt und Trümmer wegzuräumen, statt sie anzuhäufen?

Die mit den Thatfachen in schroffem Widerspruch stehenden Klagen, die Sucht, überall Trümmer zu erblicken, die versteckten Wünsche des Freisinns, daß Fürst Bismarck seine Thätigkeit zum Wohl des Vaterlandes einstellen möge, fordern geradezu zur Satire heraus. Weiter sind sie darum keineswegs, sondern sie haben vielmehr eine sehr ernste Seite, wie alles Thörichte und Unwahre. Manchem fehlt Einsicht und Erfahrung,

um die Fortschritte, die wir Dank der leitenden Politik gegen früher gemacht haben, zu würdigen, und er läßt sich darum von den mit ebenso viel Sicherheit als Mangel an Beweisgründen aufgestellten Behauptungen von dem „Bankrott“, „Fiasco“, „Zusammenbruch“ der Wirtschaftspolitik täuschen. Dieser Gefahr ist freilich Niemand ausgesetzt, wenn, wie es im Reichsfreund geschieht, zum Beweis, wie trostlos unsere Zustände sich entwickeln müssen, eine Phantasie vorge spiegelt wird, die eine Audienz beim Reichskanzler im Jahre 1929 schildert. Dazu ist sie doch zu albern. Es handelt sich um die Beschwerde eines Prinzen, der keine passenden Stiefel mehr bekommt, weil der Geselle Spitzhuber durch die Meisterprüfung gefallen ist, darauf auf eigene Rechnung Kunden bedient hat und nun im Gefängnisse sitzt. Es ist leicht, jede Bewegung durch Uebertreibung ihrer Tendenzen lächerlich zu machen. Die Handwerker werden dem Freisinn diesen billigen Spott schon vergelten.

Der in der Phantasie vorkommende Hofmarschall spricht ein abscheuliches Französisch-Deutsch und der Reichsfreund beeilt sich zu bemerken, daß der Verfall der Umgangssprache der herrschenden Klassen beim Niedergang der Nation unausbleiblich sei. Also auch ein „Zusammenbruch“ unseres geliebten Deutsch in Sicht! Wenn die Nation wirklich im Niedergange begriffen wäre — jetzt schon 15 Jahre nach erkämpfter Einheit! — der Freisinn wäre der letzte Ketter in der Noth. Er ist im Absprechen und Zerstören alle Zeit größer gewesen, als im Anerkennen und im Aufbauen.

Die Einrichtung der Gewerbeinspectoren

ist in Oesterreich erst zwei Jahre alt. Das Gesetz, auf welchem sie beruht, gilt nur für Cisleithanien, welches in neun Aufsichtsbezirke getheilt ist, die zusammen eine Bevölkerung von mehr als zwei Millionen Seelen umfassen. Es liegt nunmehr der erste Jahresbericht der österreichischen Gewerbeinspectoren, und zwar für 1884, vor. Nach dem allgemeinen Bericht, welchen der Central-Gewerbe-Inspector erstattet hat, wurden im Ganzen 2,564 gewerbliche Anstalten untersucht, wobei zu bemerken ist, daß die Inspectoren nicht nur Fabriks-, sondern auch Werkstätteninspectoren sind. Jene Anstalten hatten zusammen 154,305 männliche und 73,625 weibliche Arbeiter. Die Werthsumme der ausgeführten Waaren der österreichischen Industrie ist von 1860 bis 1870 um 54,8 pSt., von da bis 1880 um 76 pSt. gestiegen und der überwiegende Antheil an diesem Aufschwunge fällt auf Cisleithanien. Die Fabriken sind in rascher Folge entstanden, unter oft beengten Verhältnissen, woraus ein Theil der großen Gebrechen der Einrichtungen hergeleitet wird.

Ein recht bemerkenswerther Satz in dem allgemeinen Bericht beklagt den Umstand, daß bis in die neueste Zeit hinein vielfach vorwiegend der Standpunkt der Production eingenommen und in Folge dessen die maschinelle Einrichtung zumeist betont, dagegen die Bedeutung des leistungsfähigen gesunden und zufriedenen Arbeiters als eines wesentlichen Elements der Production, insbesondere aber das in dem Verhältniß zum Arbeiter gelegene sittliche Moment zu wenig gewürdigt werde. Eine gewisse Minderheit der Unternehmer wird mit folgenden Worten geschildert: „Es kann und soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die Gewerbeinspectoren einzelne Fabriken vorfanden, deren Besitzer mit der menschlichen Arbeitskraft „Raubbau“ treiben . . . und die Sorge für die verbrauchten oder in ihrem Kerne getroffenen Arbeiter, deren niedrige Löhne den Gedanken an Amortisirung der Arbeitskraft wie Hohn erscheinen lassen, gleichmüthig der Gesellschaft oder dem Staate anheimstellen. Schon die Beschaffenheit derartiger Fabriken charakterisirt in der Regel ihren Besitzer. Abgenützte Maschinen, überarbeitete Menschen, eine bis zum Aeußersten getriebene, der Sicherheit des Lebens hohnsprechende Ausnützung des Raumes, das Durcheinander der Transmissionen, Schmutz in Gängen, an Wänden, am Boden, elende Luft, barscher Ton, unfreundliche, sich bis zur Rohheit steigende Behandlung der Arbeiter, Schelt- und Drohworte . . . geben ein getreues Bild des auf rücksichtsloses Verdienen ausgehenden Besitzers.“

Für die segensreiche Wirkung des Instituts der Fabrikinspectoren legt der Bericht im Einzelnen vielfach Zeugniß ab. Unsere socialpolitische Gesetzgebung ist auch in dieser Beziehung

Oesterreich mit gutem Beispiel vorangegangen. Oesterreich hat noch keine staatliche Unfallversicherung. Der Inspector für Wien fand nur in 17 der besuchten Fabriken mit zusammen 1383 Arbeitern Unfallversicherungen vor. Die noch nicht von allen Unternehmern anerkannte Bedeutung der Erhaltung des leistungsfähigen gesunden und zufriedenen Arbeiters, worüber sich jener allgemeine Bericht verbreitet, die Forderung, neben den Gütern den Menschen zu seinem Recht kommen zu lassen, bildet den leitenden Gedanken unserer Socialpolitik. Zu gleicher Zeit, als die Sorge für die Production in der Schutzollpolitik bethätigt wurde, wurde auch die Versicherung des kranken und verunglückten Arbeiters in Angriff und diejenige des altersschwachen in Aussicht genommen.

Auch bei uns mag noch eine Minderheit von Unternehmern bestehen, welche in ihrem Verhältnisse zu den Arbeitern das sittliche Moment nicht genug zur Geltung kommen lassen, aber unsere Fabrikinspectoren haben doch bei Weitem nicht einen so hartnäckigen Kampf gegen Vorurtheil und Mißtrauen der Unternehmer zu führen gehabt, als ihre österreichischen Collegen. Man darf wohl auch die Hoffnung hegen, daß in der zunächst für die Unfallversicherung begründeten berufsgenossenschaftlichen Organisation ein Feind gegen die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft geschaffen worden ist. In den Berufsgenossenschaften muß sich ein Geist Bahn brechen, der auch auf das Verhältniß des einzelnen Unternehmers zu seinen Arbeitern zurückwirkt; schon die gemeinsame Thätigkeit von Unternehmern und Arbeitervertretern bei Fragen der Unfallverhütung, in den Schiedsgerichten, im Reichsversicherungsamt muß zur Milderung der Klassengegenätze beitragen.

Der Anstand in Ostrumelien.

Völlig unerwartet und überraschend kommen Nachrichten von einer neuen Bewegung auf der Balkanhalbinsel, welche sich gegen eine Hauptbestimmung des Berliner Vertrags vom 13. Juli 1878 richtet. Wie telegraphisch gemeldet wird, ist der Gouverneur von Ostrumelien, Gavril Christi Pascha, durch eine Erhebung der Bevölkerung von Philippopol seines Amtes entsetzt und die Regierung provisorisch von einem Ausschuß übernommen worden, welcher einen Aufruf zur Vereinigung von Ostrumelien mit dem Fürstenthum Bulgarien erlassen und den Fürsten Alexander von Bulgarien zur Uebernahme der Regierung aufgefordert hat. Der Fürst hat sofort die Mobilmachung der bulgarischen Armee und die Einberufung der Kammer zum 22. nach Sofia befohlen, in einer Proclamation den Titel eines Fürsten von Nord- und Süd-Bulgarien angenommen und sich in Begleitung seines Ministerpräsidenten nach Philippopol begeben. Die rumelische Miliz hat zugleich die strategisch wichtigen Punkte an der türkischen Grenze besetzt und die Brücke bei Mustapha Pascha an der Heerstraße, welche von Adrianopel nach Philippopol führt, in die Luft gesprengt. Der Aufstand verlief ohne Blutvergießen und scheint, nach dem bisher schnellen Verlauf zu schließen, von langer Hand vorbereitet zu sein.

Die politische Bedeutung und Tragweite dieser Vorgänge fällt in die Augen, wenn man sich der Ereignisse des Jahres 1878 erinnert. Rußland hatte nach langem Ringen die Türkei zu Boden geworfen und endlich in dem Frieden von San Stephano (3. März 1878) die Pforte unter Anderem zur Anerkennung eines autonomen Fürstenthums Bulgarien veranlaßt, welches von der Donau bis an das ägäische Meer reichen sollte. Diese Bestimmung rief sowohl bei der griechischen Nationalität, welche in dem südlichen Theile des projectirten Fürstenthums Großbulgarien einen wesentlichen Bestandtheil der Bevölkerung bildet, als auch bei England und Oesterreich-Ungarn lebhaftes Bedenken hervor. Die englischen Minister Lord Beaconsfield und Lord Salisbury (der jetzige Premier) drangen auf eine Revision des Vertrages von Stephano in allen seinen Punkten auf einem nach Berlin zu berufenden Congreß, indem sie zugleich eifrig rüsten ließen. Nachdem Rußland sich zur Revision des Vertrages bereit erklärt hatte, wurden — von den anderen Punkten abgesehen — die Bestimmungen des Vertrages bezüglich Großbulgariens auf dem Congreß in folgender Weise geändert.

Bulgarien wurde zu einem selbständigen, aber tributpflichtigen Fürstenthum unter der Souveränität des Sultans erhoben. Die

südliche Grenze Bulgariens sollte der Balkan bilden, wodurch das Großbulgarien des Vertrages von Stephano um drei Fünftel verkleinert wurde. Das Land südlich des Balkan blieb türkisch und wurde zu einer türkischen Provinz unter dem Namen Ostrumelien gemacht, welche unter der unmittelbaren politischen und militärischen Autorität des Sultans steht, aber mit administrativer Autonomie. Sie erhielt einen christlichen Gouverneur, der unter Zustimmung der Mächte von der Pforte auf fünf Jahre gewählt wird. Der Sultan erhielt das Recht, die Grenze dieser Provinz zu Wasser und zu Lande zu verteidigen, an diesen Grenzen (auch im Balkan) Befestigungen zu errichten und dort Truppen zu unterhalten. Die innere Ordnung sollte durch eine eingeborene Gendarmarie aufrecht erhalten werden, welche durch eine Localmilitz unterstützt wird. Der Sultan darf keine unregelmäßigen Truppen, wie Baschi-Bosuks und Tscherkessen, als Garnisonen an den Grenzen benutzen; die regelmäßigen Truppen, welche für diesen Dienst bestimmt sind, können in keinem Falle bei den Einwohnern einquartiert sein; wenn sie durch die Provinz marschiren, dürfen sie sich daselbst nicht aufhalten. Von einer Besetzung der Balkanpässe hat die Pforte indeß seiner Zeit Abstand genommen.

Die Erhebung in Ostrumelien und ihr Ziel, die Vereinigung mit dem Fürstenthum Bulgarien, sucht also diese Bestimmungen des Berliner Vertrags zu beseitigen und den von den Mächten, namentlich England, beanstandeten Vertrag von Stephano in diesem Punkte wiederherzustellen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Pforte hierzu verhalten wird und wie die Berliner Signarmächte, insbesondere England und Oesterreich-Ungarn, das eigenmächtige Vorgehen des bulgarischen Theils der ostrumelischen Bevölkerung auffassen werden. Erschwert ist die Lage dadurch, daß Fürst Alexander von Bulgarien den südbulgarischen Wünschen sich sofort willfährig gezeigt und sich zur Uebernahme der Regierung nach Ostrumelien begeben hat.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Im Hinblick auf das erneute Auftreten der Cholera in Frankreich ist den Provinzialbehörden von Seiten des Kultusministers der bezügliche Erlaß vom 14. Juli v. J. von Neuem in Erinnerung gebracht worden. Wenngleich die Wahrscheinlichkeit, daß die Cholera noch in diesem Jahre nach Preußen gelange, keine große ist, so ist doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, und deshalb erscheint die sorgfältige Beachtung der in dem genannten Erlasse gegebenen Anweisungen wiederum geboten.

Ueber die Weiterführung der Flußregulirungen in Oberschlesien wird aus dem Regierungsbezirk Oppereln gemeldet, daß die Gostine und Mleyna im Kreise Pleß bis auf einige Ergänzungsarbeiten und die Binnenbewässerungen der Anlagen als beendet anzusehen ist. Die Arbeiten an der Mühlgaben-Regulirung schreiten rüstig fort. Die Ergänzung des Projectes zur Przynska-Regulirung erfordert wegen ihres Umfanges noch einen größeren Zeitraum. Die zum Schutze der Regulirungsanlagen der Schottowska noch nothwendigen Ergänzungsarbeiten werden voraussichtlich in naher Zeit in Angriff genommen werden können. Was die Oder betrifft, so schweben zur Zeit Verhandlungen mit den Betheiligten wegen Bildung einer Genossenschaft zur Errichtung von Deichen und der Regulirung des Stromes auf der Strecke bei Buckau und Ellguth—Tworkau im Kreise Ratibor. Der Minister für Landwirthschaft hat sich bereit erklärt, einer solchen Genossenschaft für die eigentliche Flußregulirung eine staatliche Beihilfe zu Theil werden zu lassen. Die Ausarbeitung der Pläne zur Regulirung der Oder von Oderberg—Annberg bis Olsau ist noch nicht fertig gestellt. Die Arbeiten zur Begräbigung und Bedeckung der Olsa von Olsau bis Uhlisko nehmen einen günstigen Fortgang und werden voraussichtlich noch im Herbst ihr Ende erreichen. Das Project zur Regulirung der Neisse bei Glumperau wird zur Zeit ausgearbeitet und soll noch vor Ausführung des Projectes zur Regulirung der Neisse und des unteren Theiles des Weidenauer Wassers bei Waitz zur Ausführung gelangen. Das Project zur Regulirung der Neisse innerhalb der Stadt Neisse bei Raundorf, bezw. Groß-Neundorf ist fertig gestellt und wird mit den Betheiligten weiter verhandelt werden. Die Weichsel soll von der Gutsgrenze bei Biaffowiz bis zur Przemsja — die Feldmarken Kopicowiz, Czarnuchowiz und Zabrzeg umfassend — eingereicht werden; die Kosten für die Vorarbeiten sind bereits beim landwirthschaftlichen Minister beantragt worden.

Ueber die Meliorationen im Siegnitzer Bezirke wird uns geschrieben: Die Regulirung des Somnikbaches im Kreise Hirschberg, der in Folge starker Regengüsse wiederholt den benachbarten Grundstücken

großen Schaden zugefügt hat, ist in Angriff genommen worden. Die Vorarbeiten für die geplanten Meliorationen an der wüthenden Neisse, Bober, Lueis und Ohel durch genossenschaftliche Eindeichung bezw. Correction der Flußläufe sind fortgeschritten und sehen zum Theil ihrem baldigen Abschluß entgegen. Leider wird die Vereinigung der Interessenten zur gemeinsamen Annahme und Inangriffnahme der Projecte, obwohl das Erforderniß der Meliorationsarbeiten zu Tage liegt und den Interessenten erst durch die Hochwasserschäden des Jahres 1883 vor die Augen geführt ist, und trotz der Einwirkungen der Behörden auf die Interessenten, durch die Scheu der letzteren vor den Kosten erschwert und verzögert. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß der größere Theil der Interessenten besonders die kleineren Besitzer am Bober, bei denen nur ein schmales, aber die Existenzfähigkeit vieler Besitzer bedingendes Ueberschwemmungsgebiet in Betracht kommt, nicht im Stande sein wird, die auf ihn entfallenden Kosten zu decken, und daß, sobald durch die Bildung von Genossenschaften u. d. die erforderliche Basis gewonnen sein wird, die Gewährung einer staatlichen Unterstützung in Erwägung gezogen werden muß.

Politische Tagesfragen.

Bei dem Paradediner welches zu Ehren des Kaisers Wilhelm am Sonnabend in Stuttgart stattfand, brachte Prinz Wilhelm von Württemberg im Auftrage des Königs von Württemberg, welcher aus Gesundheitsrücksichten dem Diner fern blieb, aber bei Schluß desselben noch erschien, folgenden Toast auf den Kaiser aus:

„Gestatten Ew. Majestät, daß ich im Namen Sr. Majestät des Königs, meines Allernächsten Herrn, Ew. Majestät aus tiefstem Herzen auf württembergischen Boden willkommen heiße und den Gefühlen Ausdruck gebe, welche heute das Württemberger Land, insbesondere das Armeekorps erfüllen. Das XIII. Corps ist hochbeglückt, heute vor dem Auge seines obersten Kriegsherrn, unseres verehrten und in Ehrfurcht geliebten Kaisers, Zeugniß davon ablegen zu dürfen, was nach heißem, siegreichen Kampfe, unter der glorreichen Führung Ew. Majestät, in den Jahren des Friedens gearbeitet worden ist, das württembergische Volk feiert in Ew. Majestät den Mehrer und Schützer des geeinigten Deutschen Vaterlandes, Se. Majestät der Kaiser lebe hoch!“

Der Kaiser erhob sich hierauf und sprach zur Königin gewendet: „Ew. Majestät gestatten Mir, zu erwidern.“ Sodann zu dem Prinzen Wilhelm gewendet: „Ich danke gerührten Herzens für das Hoch. Ich hätte gewünscht, daß die Tafel durch die Gegenwart Sr. Majestät des Königs beehrt worden wäre, damit Ich Gelegenheit gehabt hätte, dem König persönlich hier Meine Glückwünsche für die tüchtige Ausbildung des Armeekorps auszudrücken, welche Ich bereits dem kommandirenden General zu erkennen gegeben habe. Auf dieser Grundlage stellt sich das XIII. Armeekorps ebenbürtig in eine Linie mit den übrigen Armeekorps. Gern hätte Ich Sr. Majestät persönlich hierüber Meine Zufriedenheit ausgesprochen. Vor Allem wünsche Ich dem Könige eine baldige und volle Wiederherstellung Seiner Gesundheit. Der König und das XIII. Armeekorps leben hoch!“ Hierauf Sein Glas mit dem Glas der Königin anstoßend, sprach der Kaiser: „Auf das Wohl Ew. Majestät und der ganzen königlichen Familie!“

Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist am Sonnabend aus Varzin in Berlin auf einige Tage eingetroffen, um sich demnächst nach Friedrichsruh zu begeben.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht das vom 27. Juli datirte Gesetz, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten directen Communalabgaben (Communalnothsteuergesetz).

Aus der Rede, welche Herr von Bennigsen am 20. September in Hannover gehalten hat, verdient namentlich die Stelle über das parlamentarische Leben hervorgehoben zu werden. Dasselbe ist so richtig und mit so treffenden scharfen Strichen charakterisirt, daß sie die weiteste Verbreitung verdient. Sie lautet:

„M. H., ich spreche ferner davon, daß man mit vielen Verhältnissen in den jetzigen parlamentarischen und politischen Zuständen in Deutschland unzufrieden ist, daß viele Leute sich von der Thätigkeit in der parlamentarischen Welt abwenden und daß auch in jüngeren Kreisen ein rechtes Interesse für die politischen Erscheinungen nicht mehr angetroffen wird. Dafür giebt es ja eine große Reihe natürlicher und geschichtlicher Ursachen, die Niemand von uns verkennet. Die großen Umwälzungen nach 1866, die furchtbaren Anstrengungen und Schicksale zweier großer Kriege, die vollständige Umgestaltung unserer wirthschaftlichen und industriellen Verhältnisse mit ihren glänzenden Erfolgen und entsetzlichen Rückschlägen verlangen, so weit es sich um die Stellung der Parlamente handelt, die ganze übermächtige Macht des Reiches und die glänzenden Erfolge des Reichskanzlers. Alles dieses, m. H., giebt doch noch keine genügende Erklärung dafür, wenn Viele sich unwillig und wider-

willig von den ganzen Verhandlungen und dem politischen Treiben der Parlamente angefangen haben abzuwenden. Ein großer Theil der Schuld liegt doch an diesen Parlamenten selbst, meine Herren, und da möchte es doch ganz nahe herantreten an die Parteien und ihre Führer, da mal in ihren eigenen Busen zu greifen und sich die Frage vorzulegen, ob doch auf diesem Gebiete nicht noch Erhebliches geändert werden kann? Wir dürfen niemals vergessen, daß unter den großen Lebensmächten, welche wir in Deutschland und in Preußen haben, der Monarchie, der Armee, dem Beamtenthum, der Kirche und der Schule, die Parlamente als das jüngste Element schnell gewachsen und in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu erheblichem Einfluß gelangt sind, doch die Wurzeln dieser Institutionen lange nicht so tief reichen, als diejenigen der alten historischen Institutionen, welche ich soeben erwähnt habe. Wenn es glücklichen Umständen gelungen ist, für die Parlamente einen recht erheblichen Einfluß zu gewinnen, so wird es doch schwierig sein, den zu allen Zeiten zu behaupten, und es wird wohl eine gerechte Aufgabe sein, zu untersuchen, ob nicht von ihnen Änderungen getroffen werden können, welche ihren starken Einfluß für die Zukunft ihnen wieder sichern und sie gleich einflußreich stellen neben die altgewordenen historischen Institutionen. Und, m. H., da läßt sich durchaus nicht verkennen, daß die Art, wie das Parteitreiben, zum Theil auch das Gebahren der Parteiführer in den Parlamenten sich gestaltet hat, in der That Grund zu Beschwerden für weite Kreise der Bevölkerung in Deutschland gegeben, und nicht immer die erfreulichsten Eindrücke hinterlassen hat (Sehr richtig!). Ich stehe jetzt auch aus verschiedenen Gründen, die zu erklären Sie mir wohl erlassen werden, dem parlamentarischen Leben fern. Es mag insofern für mich unbefehden sein, darüber zu urtheilen, aber ich glaube doch eine gewisse größere Unbefangenheit mir beimessen zu können, seitdem ich dem parlamentarischen Leben etwas ferner stehe, und so kann ich mit Vielen aus unserem Volke nicht leugnen, daß das Ueberwuchern des Fraktionswesens, das Vordrängen persönlicher Elemente, persönlicher Zwistigkeiten, das Ueberwuchern des eigentlichen Fraktionsinteresses, das Geltendmachen desselben gegenüber den großen Aufgaben des Landes und des Staates wohl vielfach die Schuld tragen an denjenigen Erfahrungen, auf welche ich vorhin hingewiesen habe. (Sehr richtig!) M. H., das Parteiwesen, auch selbst die Stellung und Thätigkeit großer Parteien, Selbstzweck darf es im Leben nie sein. Auch die größten und einflußreichsten Parteien, das lehrt die Geschichte aller Länder und aller Zeiten, sind gekommen und gegangen mit den Ereignissen des Staates, sind gewachsen und sind gefallen, und der Staat hat auch ohne sie existiren können. Sehr fehlsam und verkehrt ist es daher, wenn das Treiben der Parteien und der Führer einen solchen Raum einnimmt, wie es in den letzten Jahren vielfach geschehen ist nicht nur in den außerdeutschen, sondern auch in den deutschen Parlamenten. M. H., wenn man tage- und wochenlang erlebt hat, daß die parlamentarische Mühle zwar klappert, aber kein Mehl giebt, so ist es nicht zu verwundern, daß viele Kreise weniger Interesse solchen Verhandlungen zuwenden, und noch weniger ist es zu verwundern, wenn die Parteiführer und die Parteivertreter in einer solchen Weise unter Vordrängen ihrer Persönlichkeiten sich gegenseitig wie die Homer'schen Helden mit Kraftausdrücken urwüchsiger Art begrüßen. (Allseitiges Bravo!) Das mag ein angenehmer Sport für die Herren sein, draußen denkt man aber über diese Dinge zum Theil ganz anders, und niemals sollten doch diese verdienstlichen Männer vergessen, daß sie doch nicht alle Homer'sche Helden sind (Bravo) und daß in der Art, wie die stenographischen Darstellungen und die Zeitungsberichte die Kämpfe der Fraktionen und die persönlichen Kämpfe wiedergeben, doch die Verklärung des jonischen Sängers ihnen gänzlich fehlt (Bravo). In dieser Hinsicht ist es in letzter Zeit ja etwas besser geworden, und die Erkenntniß davon ist in weite Kreise gedrungen; hoffen wir, daß in den Parlamenten selbst auf diesen Gebieten die künftige Legislaturperiode in Preußen noch ein weiteres Aufsteigen zum Bessern gebe."

Die hohe Bedeutung der Socialpolitik des Reichskanzlers wurde von Herrn von Bennigsen in seiner Rede in Hannover am 20. mit folgenden trefflichen Worten anerkannt:

„Meine Herren! Auf eins möchte ich noch hinweisen. Es ist die hohe Bedeutung der seit einigen Jahren mit besonders großer Energie und so seltener Initiative ergriffenen social-politischen legislativen Maßregeln. Eine spätere Zeit wird unbefangener wie die Gegenwart über die Ergebnisse der heutigen Tage urtheilen, sie wird, davon bin ich fest überzeugt, unter den großen historischen Verdiensten des Reichskanzlers, neben der diplomatischen Befiegung unserer Gegner in Europa und der Riesearbeit der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches ihm um die Schläfe winden als einen der werthvollsten Kränze den Ruhm der Entschlossenheit, mit welcher er die socialpolitischen Aufgaben in die Hand genommen und bis zum erheblichen Maße in wenigen Jahren gefördert hat.

(Allseitiges Bravo!) Diese Aufgaben sind von solcher Bedeutung und bergen so außerordentliche Schwierigkeiten, daß bis zu dem Augenblick, wo der Kanzler seinen Entschluß verkündete, das Bedürfniß, etwas zu thun auf diesem Gebiete, zwar von Vielen anerkannt war, daß auch im Einzelnen in erheblicher Weise, namentlich auch durch liberale Männer und Parteien man thätig gewesen war, um hier und da mit Erfolg etwas zu bessern. Aber, m. H., die Art und Weise, wie die Aufgabe jetzt erfaßt und hingestellt worden ist und gewiß niemals wieder wird fallen gelassen werden, ist doch etwas ganz Neues. Es ist vom Kanzler, unter Zustimmung des Kaisers proclamirt worden, daß die arbeitenden Klassen, welche durch die industrielle Entwicklung der letzten Generationen in ihrer Lage am meisten gefährdet sind, nachdem man ihnen das gleiche politische Wahlrecht in einem großen Wurf und mit einem großen Wagniß gegeben hat, nun auch aufgesucht und anerkannt werden sollen in ihren berechtigten großen wirthschaftlichen und Klassenbedürfnissen, und daß dasjenige, was an begründeten Beschwerden in der socialen Bewegung sich wirklich zeigt, vom Staate gewürdigt und befriedigt werden soll. In solchem Umfange einer großen mächtigen Klasse, welche durch das allgemeine Stimmrecht einen immer mehr steigenden Einfluß in Deutschland gewonnen hat und gewinnen muß, gerecht zu werden auf dem ganzen Gebiete der socialpolitischen Gesetzgebung, so ist diese Aufgabe noch niemals erfaßt worden. Ja, m. H., ungleich verschieden von jenen impotenten und frivolen Staatsmännern des alten Frankreich und des alten Oesterreich, welche den Satz aussprachen: „uns wird es wohl noch tragen, nach uns mag die Sündfluth kommen“, hat der Reichskanzler die großen Gefahren erkannt und dem deutschen Volke offen dargelegt, welche aus Verhältnissen, die wir in ihren ersten großen und gefährlichen Anfängen bereits erleben, demnächst für uns und unsere Kinder und Enkel entstehen werden. Sein Verdienst ist es, das wollen wir ihm niemals vergessen, daß er diese Aufgabe so früh erfaßt und so überzeugend den großen Massen der Bevölkerung, auch den besitzenden Klassen, nahe gelegt und eingepreßt hat, daß die einmal unternommene gesetzgeberische Arbeit niemals wieder wird aufgegeben werden. Dabei ist es gar nicht entscheidend, ob unter den vorgelegten Gesetzentwürfen einzelne im ersten Anlauf verunglückt waren und erheblich umgeändert werden mußten, ehe sie die gesetzliche Form erlangt haben. Ich meine die Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzgebung. Es ist dabei auch nicht entscheidend, ob man bei der weitergreifenden und viel schwereren Frage der Invalidenversorgung noch längere Zeit für die Vorarbeiten nöthig haben wird, um der Erfüllung einer solchen Aufgabe endlich nahe treten zu können. Nein, das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, ob hier die Männer in Deutschland unter einer so kräftigen Initiative des leitenden Staatsmannes die Uebermacht und Unbefangenheit gewinnen über den Gang der begonnenen menschlichen Entwicklung, daß sie überhaupt schon solche Aufgaben der Gesetzgebung zur Pflicht der Gegenwart machen. Hier wird zum ersten Male der Versuch gemacht, eine bevorstehende große Umgestaltung menschlicher Verhältnisse mit den drohenden Gefahren, welche der Kampf ganzer Klassen gegen einander in sich birgt, aus den Bahnen revolutionärer Umwälzung in das ruhige Bett einer Reformbewegung zu leiten. Wenn es gelingt, den freilich erst künftige Generationen ganz vollenenden werden, so ist damit vielleicht noch Gewaltigeres erreicht, als durch die politischen Staatsgestaltungen in Deutschland und die Wiederherstellung des deutschen Reiches in den letzten 15 Jahren."

Die Zahl der über deutsche Häfen und Antwerpen nach überseeischen Ländern im Monat August ausgewanderten Deutschen beträgt 7773 gegen 10,452 in demselben Monat des Vorjahres. Hiervon entfallen auf Preußen 4537 (gegen 6118), wovon diesmal die Provinzen Hannover mit 867, Pommern mit 496, Brandenburg-Berlin mit 465, Posen mit 450, Hessen-Nassau mit 384 die meisten Auswanderer stellten, während aus Westpreußen, das sonst an der Spitze der Auswanderer steht, diesmal nur 376 ausgewandert sind. Es folgt Rheinland mit 364, Schleswig-Holstein mit 303, Westfalen mit 262, Schlesien mit 242, Sachsen mit 214, Ostpreußen mit 93, Hohenzollern mit 21 Auswanderern.

Insgesamt beträgt die Zahl der Auswanderer in den ersten acht Monaten dieses Jahres 79,933 gegen 111,253 in demselben Zeitraum des Vorjahres, die Abnahme der Auswanderung beträgt mithin gegen das Vorjahr bis jetzt 31,320.

Das Reichs-Versicherungsamt hat dem Bundesrath eine Denkschrift, betreffend das Inslebentreten der Unfallversicherung zugehen lassen; es heißt in derselben: „Den eifrigsten Bemühungen der Berufsgenossenschaften ist es gelungen, ihre Organisation soweit zu fördern, daß von hier aus ein Hinderniß nicht mehr besteht, die Unfall-

Hierzu eine Beilage.